

Sterben verboten

Wirtschaftskrisen sind hart, aber notwendig. Nur dort, wo Unternehmen untergehen dürfen, kann die Wirtschaft blühen. Seit der Finanzkrise und verschärft in Zeiten von Corona sind die Staaten bemüht, Rezessionen mit Unsummen von Geld zu verhindern. Ist das richtig? *Von Beat Gygi*

Die Öffentlichkeit leidet an den Bildschirmen mit, wenn gezeigt wird, wie Gärtnereien ihre Frühlingsblumen tonnenweise auf den Kompost kippen und die riesige lebendige Farbenpracht nutzlos der Verwesung anheim werfen. Etwas weniger direkt hat man mitbekommen, wie Restaurants Teile ihrer Vorräte wegwerfen mussten oder wie zahllose kleine Geschäfte ihre Mieten weiterhin bezahlen müssen, nachdem sie auf öffentliche Anordnung hin im Zuge der Corona-Bekämpfung Mitte März schliessen mussten und nichts mehr verdienen. Viele Selbständige werden durch den Lockdown im Lebensnerv getroffen, manche wirtschaftliche Existenz ist in akuter Gefahr.

Bodenständiges steht auf dem Spiel. Fast die Hälfte der Beschäftigten im Land sind in kleinen und mittelgrossen Unternehmen tätig und gegen 400 000 der insgesamt gut 600 000 Firmen sind Kleinbetriebe mit maximal zwei Leuten. Ihnen hilft das Instrument der Kurzarbeit nicht viel, das für unterbeschäftigte Mitarbeiter die Lohnfortzahlung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung garantiert, denn die Chefs sind da ausgenommen. Die mit einem Geschäftsverbot belegten Selbständigen erhalten mittlerweile eine gewisse Erwerbsausfallentschädigung, aber wie steht es um die über 250 000 indirekt vom Lockdown Betroffenen, die eigentlich weiterarbeiten dürfen, denen nun aber die Geschäftspartner fehlen?

Kostbares wird tiefgekühlt

Wirtschaft und Medien rufen nach Unterstützung dieser Kleinen, die bisher durchs Netz fallen. Der Schweizerische Gewerbeverband will, dass die indirekt Betroffenen gleich behandelt werden wie die direkt Betroffenen. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hatte am 16. März bei der Ankündigung des Lockdown an die Adresse der gesamten Bevölkerung gesagt: «Wir lassen Euch nicht allein, wir kümmern uns um Euch.» Am 8. April dann meinte Bundesrat Alain Berset jedoch, es sei kompliziert mit den Entschädigungen, die Regierung sei noch so weit, sobald die Sache reif sei, werde dies kommuniziert. Es geht im Prinzip um die Frage, wie weit der Staat durch direkte Geldvergabe Geschäfte retten soll.

Für gut dreissig Ökonominen und Ökonomen, alle Professoren und Dozenten der ökonomischen Abteilung der Universität Zürich, ist die Sache klar: Der Staat muss voll ran. In einem Positionspapier mit dem Titel: «Testen und Einfrieren: Eine Überlebensstrategie für die

Schweizer Volkswirtschaft» formulierten sie am 26. März ihr Anliegen: «Ziel muss es sein, die Volkswirtschaft für die Dauer des Lockdowns in ihrem Vorkrisenzustand «einzufrieren», damit die eingespielten Wirtschaftsstrukturen der Schweiz erhalten und nach Aufhebung der Einschränkungen rasch wieder in Betrieb genommen werden können.» Einfrieren ist nicht in dem Sinn gemeint, dass alles gestoppt wird wie jetzt, nein es ist im übertragenen Sinn gemeint als Methode zum Konservieren: Kostbares wird tiefgekühlt, damit es nicht verfault, damit nicht andere Zersetzungsprozesse beginnen können, damit nichts abstirbt. Und wenn man es dann später wieder braucht, taut man es auf und alles ist wieder im Originalzustand, es läuft wieder, wie wenn es keinen Unterbruch gegeben hätte.

Was bedeutet das für die Corona-Politik? Der Staat, so die Ökonomen, soll einerseits die Einkommensausfälle von Erwerbstätigen kompen-

sieren und andererseits die Unternehmen unterstützen, die erhebliche Umsatzeinbrüche hinnehmen müssen. Zumindest kurzfristig müsse er bereit sein, «den Haushalten und Unternehmen ihre entgangenen Einkommen ohne unmittelbare Gegenleistung zu ersetzen, um ihnen die Fähigkeit zu erhalten, laufenden Zahlungen wie Mieten und Kreditraten nachzukommen». Und die öffentliche Hand sei ja kräftig. «Die gesunden Staatsfinanzen ermöglichen den notwendigen fiskalpolitischen Handlungsspielraum», heisst es im Papier. Kurz vor der Veröffentlichung des Papiers hatten Finanzminister Ueli Maurer und Nationalbankpräsident Thomas Jordan bereits die grosse Stützungsaktion des Bundes mit der Vergabe von Corona-Überbrückungskrediten und Bürgschaften für die Firmen präsentiert und die Welle der Corona-Kurzarbeitsanträge war gerade am Anlaufen – Geschenke sollen es nicht sein.



Neue Chancen: Roche-Baustelle in Basel.

Das Einfrieren à la Zürcher Ökonomen ginge dagegen darüber hinaus, es sollen keine wirtschaftlichen Existenzen untergehen, sondern durch Zuwendungen unbedingt erhalten werden. Anders gesagt: Sterben ist verboten. Fast zur gleichen Zeit äusserten sich die zwei ETH-Professoren Hans Gersbach und Jan-Egbert Sturm, die im März bereits die Schaffung eines 100-Milliarden-Rettungsfonds gefordert hatten, ähnlich: Es brauche neben Kurzarbeit und Krediten jetzt einen dritten staatlichen Pfeiler – eine Art Kurzarbeits-Regime für Kapital, um die Unternehmen auch nach der Krise lebensfähig zu erhalten. Miete, Pacht oder Kreditzinsen sollten demnach ähnlich wie Arbeitskosten grossenteils hoheitlich getragen werden.

Wann aber ist die Krise zu Ende?

Mit dem Ruf nach nicht rückzahlbaren Hilfen treffen die Ökonomen eine Art Sehnsuchtsstelle im Bewusstsein der Leute, die sich denken: Es kann doch nicht sein, dass eine Pandemie unser Geschäft ausradirt, irgendjemand muss doch die Schweiz über den Abgrund tragen, muss doch dafür sorgen, dass diese Wirtschaft in der Lockdown-Zeit im Originalzustand erhalten wird, nach dem Motto «Wir kümmern uns um Euch». Gewerkschaften verlangen die Garantie für sämtliche Lohnauffälle von Arbeitnehmern



und Stützungsprogramme für notleidende Betriebe und Branchen. Kulturschaffende erhalten Entschädigungen für ausgefallene Anlässe. Die Medienbranche versuchte sich schon als speziell stützenswert an die Staatskasse anzudocken und beantragte zudem mitten in der Arbeitshektik Kurzarbeitsentschädigung.

Was passiert aber, wenn nach der Corona-Krise vieles gar nicht mehr so ist wie vorher? Was ist, wenn dann für Treffen, Sportveranstaltungen und andere Events weniger Spielraum besteht, Grenzen besser kontrolliert werden? Nachfrage und Geschäftsgrundlagen können sich für viele Firmen ändern, das kann man gar nicht einfrieren. Dass die Unternehmen nach dem Auftauen dann wirklich wettbewerbsfähig sein werden, ist nicht garantiert, auch wenn sie jetzt mit staatlicher Überlebensgarantie in die Tiefkühltruhe gingen. 2019 gab es in der Schweiz gut 13 600 Konkurse; diese wären in einem Regime der umfassenden Hilfe und der Konkurs-Verhinderung wohl kaum möglich, da ja die meisten Probleme dann der Corona-Krise zugeschrieben werden könnten. Viele Unternehmen der Gastronomie und Hotellerie sind chronisch mit schwachen Margen unterwegs, leben zum Teil von der Substanz. Teile der Bauwirtschaft und der Maschinenindustrie verdienen langfristig zu wenig.

Will man solche Verhältnisse wirklich einfrieren, bei denen Unternehmen ihre Kapitalkosten nicht verdienen und damit Wert zerstören? Halt, lautet der Einwand, es gehe ja nur um die Überbrückung der Krise. Wann aber ist die Krise zu Ende? Verkündet die Politik dieses Ende? Je länger die Krise dauert, desto länger gibt es Unterstützung. Das dämpft in Unternehmen und bei Umverteilungspolitikern die Anreize, auf den Ausstieg hinzuarbeiten. Als 2015 die Euro-Franken-Kurs-Untergrenze von 1.20 aufgehoben wurde, fielen viele Firmenchefs aus allen Wolken, weil sie sich nach dreijähriger Stützungsdauer daran gewöhnt hatten.

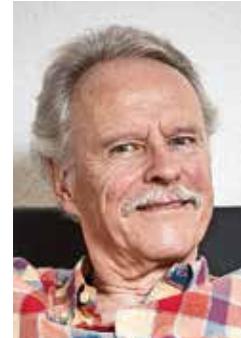
Wenn Unternehmen nicht sterben dürfen, werden sie lange Zeit Arbeitnehmer und Mittel binden, die in anderen, besser arbeitenden Unternehmen der Wirtschaft und der Gesellschaft mehr brächten. Klar, in der EU gibt es solche Zombie-Firmen schon millionenfach, weil die Geldpolitik die Zinsen nach unten verfälscht. Es wird toleriert, dass diese nach sozialistischer Art auf Kosten der Allgemeinheit leben, Belohnung und Bestrafung durch den Markt werden ausgeschaltet, wer Haftung übernimmt und selber vorsorgt, ist der Dumme. Wenn jetzt auch in der Schweiz die Mentalität gestärkt wird, dass unbedingt alle wirtschaftlichen Strukturen erhalten werden sollen, dann verbaut man sich die Möglichkeit, dass nach der Corona-Zeit neue Chancen möglichst gut genutzt werden können. Heute das Absterben mit allzu hohem Aufwand zu verhindern, wird künftig auf den Wohlstand und die Lebenserwartung drücken. ○

Forschung

Versteckte Kosten

Höhere Arbeitslosigkeit führt zu mehr Depressionen und Selbstmorden.

Kurz vor Ostern hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) düstere Konjunkturszenarien publiziert, bei denen die Folgen des Shutdown berücksichtigt werden. Die Arbeitslosigkeit könnte bis 2021 von 2,3 Prozent auf 3,7 Prozent steigen, falls die Wirtschaft bis Ende Mai von den ihr auferlegten Fesseln befreit wird. Sollte der Shutdown aber erst im Juni und bloss vorsichtig aufgehoben werden, rechnet das Seco für 2021 mit einer Arbeitslosenquote von 6 Prozent.



Neue Gefahren:
Wissenschaftler Frey.

Zwar wird der finanzielle Schock für die Entlassenen durch die Arbeitslosenversicherung teilweise abgedeckt. Aber die Erwerbslosigkeit bringe «beträchtliche psychische Kosten mit sich», weiss der Zürcher Ökonom und Glücksforscher Bruno S. Frey. Sie reduziere das Wohlbefinden der Arbeitslosen «stärker als jede andere Ursache, einschliesslich Scheidung und Trennung». Bei Arbeitslosigkeit stelle sich bei vielen Menschen ein Sinnverlust ein, bestätigt die Aargauer Psychiaterin Ursula Davatz: «Sie werden depressiv und verzweifelt.»

Während die tödliche Ausbreitung des Coronavirus durch den Shutdown verlangsamt werden soll, haben die gesundheitspolitisch motivierten Massnahmen makabre Nebenwirkungen. Jobverlust kann zu mehr Suiziden führen; das zeigen zahlreiche Studien aus den USA, die auch Europa berücksichtigen. Es sei jetzt damit zu rechnen, dass es in den USA und in Europa während der nächsten 24 Monate «zu 20 000 zusätzlichen Selbstmorden» kommen werde, befürchtet Aaron Reeves von der Oxford University.

Jobverluste wirkten sich zudem negativ auf den Lebensstil aus, weist eine Studie der University of California, Los Angeles, nach, was oft dazu führe, dass Menschen früher sterben würden. Die Forscher schätzen die Verkürzung der Lebensdauer durch Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich anderthalb Jahre und führen das auf einen Domino-Effekt zurück: Das reduzierte Einkommen löse einen zusätzlichen Stress aus und verleite zu einem ungesunden Lebensstil. *Pierre Heumann*